

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 43

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 26. Oktober 1951

Staatshaushalt 1952

Rund 19 Milliarden Schilling — Abgang 117 Millionen Schilling

In einer Reihe von Beratungen befaßte sich die Bundesregierung in den letzten zwei Wochen mit dem Voranschlag zum Staatshaushalt 1952. Im letzten außerordentlichen Ministerrat wurde eine volle Einigung erzielt, über die nachstehendes Kommuniqué herausgegeben wurde:

„In einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrates unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Ing. Dr. Figl wurde der vom Finanzminister Dr. Margaretha vorgelegte Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1952 genehmigt. Die Gebarung des Bundeshaushaltes im Jahre 1952 sieht Ausgaben in der Höhe von 18.733.07 Millionen Schilling vor, denen Einnahmen in der Höhe von 18.656.10 Millionen Schilling gegenüberstehen. Die Bedeckung des Abganges von 116.97 Millionen Schilling wird, soweit es nicht durch Mehreinnahmen möglich ist, durch Ersparungsmaßnahmen erfolgen. Der außerordentliche Haushalt (Investitionen) weist eine Höhe von 914.48 Millionen Schilling auf.“

Gegenüber den Ziffern des Bundesvoranschlages des Vorjahres weisen sowohl die Einnahmen- als auch die Aus-

gabenposten gewaltige Erhöhungen auf. Der Voranschlag für die Einnahmen des Jahres 1951 betrug 11.793.61 Millionen und für die Ausgaben 11.743.45 Millionen Schilling, so daß die Gebarung zunächst mit einem Überschuß von 161.800 Schilling abschloß. Im außerordentlichen Haushalt waren allerdings Ausgaben für Investitionen im Betrage von 701.281.900 S vorgesehen, so daß der Gesamtgebarungsausgang etwa 700 Millionen Schilling betrug. Die Investitionen sind im Jahre 1952 in das Gesamtbudget eingerechnet; der Abgang ist also, praktisch gesehen, mit 116 Millionen Schilling weit geringer als im Vorjahr.

Die beträchtliche Erhöhung auf beiden Kontenseiten ist auf das fünfte Lohn-Preis-Abkommen zurückzuführen, das dem Staat naturgemäß nicht nur größere Einnahmen, sondern auch empfindlichere Ausgaben verursacht. Erfreulicherweise haben sich die geplanten Posten für Investitionen für das Jahr 1952 um mehr als 200 Millionen Schilling erhöht. Dieses Mehr ist ohne Zweifel im Hinblick auf die Tatsache veranschlagt worden, daß eine Verminderung der ausländischen Hilfe für den Wiederaufbau eintreten wird.

Nachrichten

AUS ÖSTERREICH

Im Zistersdorfer Ölgebiet wütete durch zwei Tage der größte Brand, der die Ölfelder seit ihrem Bestand heimgesucht hat. Das Feuer brach am Montag den 22. ds. um 16.30 Uhr in der Kopstation der Erdölbetriebe zwischen Zistersdorf und Götting aus. Einer der größten Tanks, der 3000 Tonnen Erdöl enthielt, explodierte und das brennende Öl floß in Strömen auf den Zistersdorfer Bahnhof und die Ortschaft Eichhorn zu. Über 50 Löschzüge der Feuerwehren der Umgebung und der Wiener Feuerwehr wirkten bei der Bekämpfung des Großbrandes mit. Die Brandursache konnte bisher nicht festgestellt werden.

Vor einigen Tagen verschied in Wien der Industrielle Emanuel Gustav P. Stollwerck, der nicht nur als Mitbegründer der bekannten Schokoladefabriken in Wien und Preßburg bekannt war, sondern auch ein Pionier des Freiballonsportes in Deutschland und Österreich gewesen ist. Fast 250 Ballonfahrten waren das Ergebnis seiner sportlichen Tätigkeit, von denen er viele Preise als sportliche Trophäe mit nach Hause brachte.

In St. Florian wurde die erste Klangprobe der Pummerin durch Anschlag mit dem von der Linzer Schiffswerft angefertigten Glockenschwengel vorgenommen. Es konnte eine ungeheure Klangfülle festgestellt werden.

In Wiener-Neustadt wurde die im Krieg fast vollständig zerstörte und nunmehr wieder aufgebaute St.-Georgs-Kirche im Gebäude der ehemaligen Militärakademie von Kardinal Dr. Innitzer eingeweiht. Die Kirche, die als eine der schönsten gotischen in ganz Österreich gilt, wurde getreu nach dem alten Vorbild wieder aufgebaut.

Demnächst soll die Ausgabe von Scheidemünzen zu 10 Groschen aus Aluminium erfolgen.

Aus dem im Konzerthaus untergebrachten Tonstudio der Wiener Symphoniker wurde kürzlich eine Tonbandaufnahme der Harmonia-Messe von Haydn in der Länge von etwa 1000 Meter gestohlen. Der Schaden, welcher sich aus dem Materialwert des Bandes und den Aufnahmekosten zusammensetzt, wird mit 30.000 S beziffert.

Wien soll in nächster Zeit acht Zeltlagerplätze, wie sie in Westeuropa schon zahlreich vorhanden sind, erhalten. Die Camping-Bewegung hat auch in Österreich zahlreiche Freunde gefunden.

Die Wiener Wirtschaftspolizei hat einen schwunghaften Schmuggel mit Schweizer Uhren aufgedeckt. 1500 Uhren im Wert von 180.000 Schilling wurden verkauft.

Im Linzer Landesgericht kam es nach dem Ende einer Verhandlung gegen eine zwölköpfige Einbrecherbande zu einem Tumult, in dessen Verlauf sich die Häftlinge gegenseitig verprügelten. Eine Gruppe von 20 Justizbeamten, die während der Verhandlung in Bereitschaft war, griff ein und

führte die wild um sich schlagenden Männer aus dem Saal.

Vor kurzem hat in der Steiermark die Erzeugung von Eisenbahnfedern begonnen. Die Steirischen Gußstahlwerke in Judenburg, die hochwertige Automobilfedern herstellen, haben ihr Federwerk ausgebaut. In einer neuerrichteten Werkshalle werden nun auch Eisenbahnfedern aller Art hergestellt. Die bisherige Jahreserzeugung des Werkes, die rund 4000 Tonnen betrug, wurde damit bedeutend erhöht. Mehr als 70 Prozent der Federn wie auch der übrigen Erzeugnisse des Werkes werden exportiert. Kürzlich verließ die sechsmillionste Tonne der Styria-Federn den verstaatlichten Betrieb.

Die im Vorjahr begonnene Wiederherstellung des Aufnahmgebäudes am Wiener Westbahnhof ist so weit fortgeschritten, daß voraussichtlich Ende November mit der Eröffnung und Freigabe des ersten Bauabschnittes für den öffentlichen Reiseverkehr zu rechnen ist. Die für den Bau im Jahre 1951 aufgewendeten und noch aufzuwendenden Mittel werden rund 30 Millionen Schilling betragen.

In Wien sollte der ehemalige Kunstverleger Alfred Redl wegen Antritts einer mehrmonatigen Arreststrafe von Kriminalbeamten abgeholt werden. Redl bat den Kriminalbeamten, noch einige Kleinigkeiten ordnen zu dürfen, nahm Personaldokumente zu sich und beugte sich zu seinem am Boden spielenden Töchterchen nieder. Er liebte es, nahm es dann auf den Arm und sprang, ehe der Kriminalbeamte dazwischenkam, mit einem Hechtsprung durch die Scheiben des geschlossenen Fensters auf die Straße. Redl und das einjährige Kind waren sofort tot. Das Motiv der Tat, so erklärte Frau Redl, kann nur darin gelegen sein, daß ihr Mann offenbar wegen der Verbüßung der an sich geringen Strafe die Nerven verlor und sein Kind, das er über alles liebte, mit sich in den Tod nehmen wollte.

In Straß bei Vöcklabruck wurde am vergangenen Samstag der Brunnenmacher Josef Emeder bei Reparaturarbeiten in einem Brunnenschacht durch nachrutschende Erdmassen verschüttet. Trotz verzweifelter Anstrengungen der Feuerwehr und mehrerer Brunnenmeister konnte Emeder erst zehn Stunden nach dem Unfall geborgen werden. Man verabreichte ihm noch im Schacht eine Injektion, doch kam jede Hilfe zu spät.

AUS DEM AUSLAND

Der Schriftsteller Bernhard Kellermann, der besonders durch seinen Roman „Der Tunnel“ sehr bekannt geworden ist, starb in Klein-Glieneicke bei Potsdam im 73. Lebensjahre.

Die schwedische Medizinische Akademie verlieh den diesjährigen Nobelpreis für Physiologie und Medizin dem Amerikaner Dok-

tor Max Theiler von der Rockefeller-Stiftung für seine Verdienste um die Bekämpfung des gelben Fiebers. Dr. Max Theiler, der 1899 in der Südafrikanischen Union geboren wurde, studierte in London und wurde 1922 Lehrer für Tropenmedizin an der Harvard-Universität. Im Jahre 1930 gelang es ihm, das gelbe Fieber auf weiße Mäuse zu übertragen und das Virus zu erkennen. 1938 konnte ein Impfstoff erzeugt werden, der das Virus tötete. Die Rockefeller-Stiftung ließ in Brasilien Massenimpfungen vornehmen, so daß das gelbe Fieber allmählich fast verschwand.

Die englischen Hutmacher wollten am Herbstbeginn wissen, wie viele Männer in der englischen Hauptstadt Hüte tragen, um einen Überblick über die für die Produktion notwendigen Materialanschaffungen zu bekommen. Ein Vertrauensmann der Innung wurde beauftragt, an einer verkehrsreichen Straßenecke alle Männer mit und ohne Hut zu zählen. Schon nach einer halben Stunde meldete er enttäuscht das Ergebnis seiner Zählung: 27 Männer mit Mützen, 48 mit Hüten und 360 ohne Hut.

In der indischen Provinz Orissa sind im letzten Jahr mindestens 500 Personen von Tigern angefallen und getötet worden. In einem Aufruf an die Jäger der Provinz werden diese ersucht, den unbewaffneten Dorfbewohnern zu Hilfe zu kommen und sie von der ihnen ständig drohenden Gefahr zu befreien. In der letzten Zeit ist es den Bewohnern mancher Dörfer unmöglich gewesen, ihren Arbeiten nachzugehen.

Ein ehemaliger Dompteur aus Hamburg, der sein Heim in Pretoria in Südafrika aufgeschlagen hat, wo er Papageien züchtet, benützt seit geraumer Zeit ein außergewöhnliches Zugtier; einen Löwen. Alle Verkehrsteilnehmer, einschließlich der Hühner und Hunde, räumen widerspruchslos das Feld, so bald das ungewöhnliche Fuhrwerk erscheint. Nur vor Photographen fürchtet sich der Löwe selber, weshalb ihn sein Herr stets ein wenig beruhigen muß.

In Rodenberg in Westdeutschland wurde ein Einbrecher von der heimkehrenden Wohnungseigentümerin überrascht. Schnell versteckte er sich in einem Kleiderkasten. Als die Frau einige Zeit später den Kasten öffnete, fiel ihr der ohnmächtig gewordene Dieb in die Arme. Er war durch Mangel an Luft und den intensiven betäubenden Geruch eines Mottenpräparates bewußtlos geworden. Die Frau und die Polizei hatten leichtes Spiel, den Dieb festzunehmen.

Die Alaska Air-Lines haben beim amerikanischen Amt für Zivilluftfahrt einen Antrag auf Eröffnung einer direkten Luftlinie zwischen Fairbanks (Alaska) über den Nordpol nach Westeuropa eingereicht. Auf der Route sollen Personen, Post und Gepäck mit Düsenflugzeugen befördert werden. Mit Aufnahme der Flüge ist nicht vor 1956 zu rechnen. Man hofft, die mehr als 5000 Kilometer lange Strecke Alaska—Oslo in sechs Stunden zurücklegen zu können.

Die Athener Presse brachte die aufsehenerregende Meldung, daß das unweit von der Stadt Florina, die 120 Kilometer vom Meer entfernt ist, gelegene Dorf Alona von einem Fischregen, vor allem von Sardinen, heimgesucht worden sei. Aus ganz Mazedonien strömten Neugierige herbei, um sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, daß eine Fläche von mehr als einem Hektar innerhalb des Dorfes von Sardinen bedeckt sei.

Seit 150 Jahren liegen sechs französische Kriegsschiffe vor der ägyptischen Küste auf dem Meeresboden, wo sie während Napoleons Feldzug nach Ägypten durch die englische Flotte unter Nelson in der Seeschlacht von Abukir 1799 versenkt wurden. Zwei griechische Taucher schlossen mit der ägyptischen Regierung einen Vertrag ab, nach dem 70 Prozent der geborgenen Überreste der Schiffe in ihr Eigentum übergehen. Die Taucher hoffen, auch die Kriegskasse, die sich auf dem französischen Flaggenschiff befinden sollen und in der sich nach Ansicht von Historikern der Sold für alle am ägyptischen Feldzug beteiligten Matrosen und Soldaten befand, zu heben.

Die schweren Regenstürme, die in der vergangenen Woche Süditalien, Sizilien und Sardinien heimgesucht hatten, forderten über 100 Todesopfer. Mehrere Leichen dürften noch immer unter den Trümmern eingestürzter Häuser liegen. Die Stürme haben auch den italienischen Staatsbahnen einen riesigen Sachschaden zugefügt. Am schwersten betroffen wurde die Südküste Kalabriens, wo in einem 15 Kilometer tiefen und 150 Kilometer langen Gebiet fast alle Brücken und Straßen weggeschwemmt oder unterwaschen wurden.

Das Krankenhaus in Not

Die Not der öffentlichen Krankenhäuser hat in der letzten Zeit schon oft die Öffentlichkeit beschäftigt. Wir hörten kürzlich eine förmliche Drohung, die Krankenhäuser zu sperren, wir vernahmen bei den Beratungen über die Haushalte und Rechnungsabschlüsse mehrerer Gemeinden, daß die Lasten der Anstalten für sie nicht mehr tragbar wären. Wie kam es so weit? Krankenhäuser oder Spitäler gab es in Niederösterreich schon im Mittelalter. Waidhofen hatte bereits im 13. Jahrhundert ein Spital, das Kranken und Bedürftigen als Aufenthalt diente. Die heutige Spitalkirche und das Bürgerspital stammen noch aus dieser Zeit. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich aber manches geändert. Ein richtiges Krankenhaus wurde erst 1857 in der Wienerstraße errichtet und erst 1910 wurde das heutige Krankenhaus eröffnet und damit den Anforderungen der Neuzeit entsprochen. Lange Zeit verhielt sich die Bevölkerung den Krankenhäusern gegenüber sehr zurückhaltend, ja krankenhausscheu. Durch den kühnen Aufschwung der medizinischen Wissenschaft, durch den Siegeszug der Chirurgie, durch das soziale Erfordernis, die Kranken außerhalb ihrer Wohnstätten rechtzeitig und durchgreifend zu behandeln, rang sich aber doch allmählich in allen Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis durch, daß das Krankenhaus eine segensreiche, gemeinnützige Wohlfahrts-einrichtung ist, das berufen ist, die Gesundheit, die Arbeitskraft und das Leben der Menschen zu schützen, Volkskrankheiten und Seuchen abzuwehren. Die weitere Folge war eine zunehmende Popularisierung der Krankenanstalten. Jetzt suchten nicht nur Bedürftige diese Krankenhäuser auf, sondern alle Kreise der Bevölkerung, da das moderne Krankenhaus dem Kranken so viel Vorteile bietet, die ihm die Behandlung im eigenen Heim nicht ermöglicht. Man denke an chirurgische Einrichtungen, geburts-hilfliche Abteilungen usw. Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Wohnungsfrage usw., sind oftmals derart, daß die Kranken auf ein Krankenhaus angewiesen sind. Für die Krankenkassen ist die Behandlung im Krankenhaus die beste Sparmaßnahme, weil dort durch die entsprechende Behandlung Gesundheit und Erwerbsfähigkeit schneller erreicht werden. Der Zustrom zu den Krankenanstalten brachte aber für die Gemeinden große Nachteile. Da die Verpflegskosten meist die tatsächlichen Ausgaben nicht deckten, mußten die Gemeinden für die Abgänge aufkommen. Solange das Krankenhaus nur von Ortsangehörigen aufgesucht wurde, ging dies noch an. Als aber das Einzugsgebiet des Ortsgebiet überschritt, wurde die finanzielle Belastung unhaltbar, zumal die Krankenhäuser wegen des Mehrbelages ausgestaltet und ausgebaut werden mußten. Schließlich wurde zur Behebung dieser unhaltbaren Lage eine gangbare Grundlage gefunden, bei der Land, Bund und Gemeinde ihren Teil leisteten. Diese Regelung bestand bis zum Jahre 1938. Seit 1945 lastet nun auf den Gemeinden, die die Spitäler erhalten müssen, das Defizit. Alle Hilferufe sind bisher vergeblich gewesen, obwohl diese Abgänge manche Gemeinde dem finanziellen Ruin nahebringen. Nun haben kürzlich die Vertreter jener Gemeinden, die Krankenhäuser erhalten, im Städtebund gefordert, daß Bund und Land wie vor dem Jahre 1938 einen angemessenen Beitrag zu den Gebarungsausgaben leisten. In einer Entschliebung wurde darauf hingewiesen, daß durchschnittlich nur ein Viertel der Patienten aus Bürgern der betreffenden Gemeinde bestehen, während die übrigen Spitalsinsassen von auswärts, oft sogar aus anderen Bundesländern stammen. Eine Anpassung der Verpflegsgeltern an die ständig wachsenden Kosten sei wegen der Zahlungsunfähigkeit der Patienten und der Sozialversicherungsinstitute, besonders der Krankenkassen, nur begrenzt möglich. Nach den Erhebungen des Städtebundes beträgt der Gebarungsausgang pro Spitalsbett bis zu 10.000 S im Jahr; es sei daher den betroffenen Gemeinden nicht länger möglich, dieses hohe Defizit mit Steuern ihrer Bevölkerung zu decken. Die Sachlage, wie sie bei dieser Konferenz des Städtebundes geschildert wurde, entspricht voll den Tatsachen. Auch die Stadt Waidhofen muß dieses Defizit leisten, es beträgt schon durch Jahre weit über 100.000 S, obwohl die Stadt

so wie jede andere Gemeinde das Notopfer für den Bund ungekürzt bezahlen muß. Wenn die Angelegenheit im Sinne der Entschließung des Städtebundes geregelt wurde, könnte die Stadtgemeinde so manche andere dringende Aufgaben, wie den längst fälligen und notwendigen Schulausbau, Wohnbauten, öffentliches Bad usw. durchführen. Die gleichen Sorgen bedrücken Amstetten, St. Pölten, Scheibbs, Krems und viele Städte anderer Bundesländer. Die Städte, die eigene Krankenanstalten erhalten, wis-

sen wohl die Vorteile zu schätzen, die eine eigene, gut geführte Anstalt auch für die Wirtschaft hat, sie sind aber nicht in der Lage, dauernd die Hauptlast zu tragen. Bund und Land haben in sozialer und sanitärer Hinsicht in gleichem Maße ihre Verpflichtung zu erfüllen. Vorerst eine Überbrückungshilfe und künftig eine Beitragsleistung von je drei Achtel durch Land und Bund, wie sie früher bestand, würde für die Mehrzahl der Gemeinden das Defizit der eigenen Krankenhäuser tragbar machen.

Gemeinderatssitzung in Waidhofen a. d. Ybbs

Wie bereits berichtet, fand am 15. ds. die 11. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Waidhofen a. d. Y. statt.

Der Bürgermeister eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß der Gemeinderat Franz Loiskandl wegen Krankheit entschuldigt der Sitzung ferngeblieben ist. Er teilte ferner mit, daß das Gemeinderatsmandat des Karl Weißenbeck, der von Waidhofen weggezogen ist, frei wurde und über schriftlichem Antrag der SPÖ-Fraktion mit dem nächstgereihten Ersatzmann Josef Spahn besetzt wurde. GR. Spahn sei bereits zu dieser Sitzung eingeladen worden und anwesend.

GR. Spahn leistete nunmehr durch Handschlag die Angelobung. Hierauf wurde in die Tagesordnung übergegangen.

Punkt 1: Genehmigung der Verhandlungsschrift der letzten Gemeinderatssitzung. Da gegen diese keine Einsprüche erfolgten, erschied sie als einstimmig angenommen.

Punkt 2: Mitteilung der Einläufe. Der Bürgermeister teilte mit, daß die ÖVP-Fraktion zwei Anträge betreffend Zinsendienst und Wohnbauhilfe eingebracht hat. Er beantragte, diese im Anschluß an den Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Punkt 3: Pachtvertragsabschlüsse betreffend Erbauung eines Wohnhauses. StR. Grasmugg referierte über folgende Grundpachtverträge zum Zwecke der Erbauung von Wohnhäusern: Pachtvertrag mit Leopold und Käthe Zarl, Zell a. Y., im Ausmaß von 1120 Quadratmeter. Pachtvertrag mit David Bürscher im Ausmaß von 595 Quadratmeter. Pachtvertrag mit Stefan Deiretzbacher im Ausmaß von 1037 Quadratmeter. Pachtvertrag mit Robert Fleischanderl im Ausmaß von 1483 Quadratmeter. Pachtvertrag mit Ludmilla Pfaffenlehner im Ausmaß von 596 Quadratmeter. Pachtvertrag mit Hubert Kolar im Ausmaß von 631 Quadratmeter. Pachtvertrag mit Alois Durstberger und Marianne Meyer im Ausmaß von 987 Quadratmeter. Pachtvertrag mit Leopold und Martha Reitmayer im Ausmaß von 973 Quadratmeter. Die Pachtverträge wurden einstimmig genehmigt.

4. Übernahme der Gemeindehaftung für Wohnbauförderdarlehen: a) Leo Baumann, b) Verein für Wohnungseigentum und Siedlungswesen in Niederösterreich. Nach den Ausführungen des StR. Grasmugg übernimmt die Stadtgemeinde für das von der Landesregierung für Leo Baumann gewährte Wohnbaurdarlehen im Betrag von 28.000 S und für den Verein Wohnungseigentum, Geschäftsstelle Waidhofen a. d. Ybbs, im Betrag von 200.000 S und für ein Darlehen von 270.000 S bei der Wiener städt. Wechselseitigen Versicherungsanstalt für letzteren Bewerber die Haftung. Die Haftung wurde einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister brachte nunmehr die beiden Anträge der ÖVP-Fraktion zur Behandlung und verlas diese Anträge nochmals. GR. Hauer beschäftigte sich ausführlich mit dem Antrag betreffend der Gewährung einer Zinsdienstbeihilfe für den Verein für Wohnungseigentum. Er verwies auf die Bedeutung, die jeder Förderung des Wohnhausbaues zukommt, zumal die Stadtgemeinde selbst ja kaum in der Lage ist, Wohnbauten durchzuführen.

Vizebürgermeister Sterneck er erklärte, nachdem er auf die wiederholt ergebnislos geführten Aussprachen zwischen den Parteienvertretern hinwies, daß die SPÖ-Fraktion grundsätzlich für jede mögliche Unterstützung der Siedler ist. Sie sehe jedoch im Gegenstande eine einseitige Bevorzugung einer Gruppe, der sie nicht zustimmen könne.

In der nachfolgenden ausführlichen Debatte, an der sich GR. Hauer, StR. Griessenberger, GR. Damberger, StR. Dittrich, Vizebgm. Sterneck, GR. Sulzbacher, StR. Doktor Pillgrab, GR. Pavlik und StR. Grasmugg beteiligten, wurde einhellig der absolute Wille zur Förderung des Wohnhausbaues zum Ausdruck gebracht, doch ergaben sich Meinungsverschiedenheiten in der praktischen Durchführung, da die SPÖ, insbesondere Bedenken gegen langfristige Verpflichtungen hegt und in dem vorliegenden Fall eine bevorzugte Behandlung von Bauwerkern sieht. Von Seite der ÖVP, wird dagegen versichert, daß keine Siedler benachteiligt werden sollen und eine Beschränkung von Beschlüssen auf Mandatsdauer jede fruchtbringende Tätigkeit unmöglich machen würde. GR. Hauer erklärte, daß die ÖVP-Fraktion bereit ist um jeden Zweifel an einer wirklich gerechten Lösung zu beseitigen, einen noch weitergehenden Antrag einzubringen, der für die kommenden Jahre eine bestimmte Quote der Voranschlagssumme für Wohnbauhilfe vorsehen soll. Der Vertreter des Linksblocks verwies auf die rege Bautätigkeit der Siedler und meinte, daß es kein Siedler leicht habe,

GR. Damberger beantragte schließlich die Sitzung auf 5 Minuten zwecks Fraktionsbesprechungen zu unterbrechen. Der Bürgermeister unterbrach die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte GR. Damberger namens der SPÖ-Fraktion, daß diese auf der Grundlage des letzten Antrages des GR. Hauer der Förderung des Siedlungsbaues zustimmt. Er meinte, daß sich dadurch eine Abstimmung über den ersten Antrag erübrigt. GR. Hauer erwiderte, daß unabhängig von der generellen Regelung des dritten Antrages, auch über den ersten Antrag, der einen konkreten Fall behandelt, abgestimmt werden müsse. In der Folge ergab sich über diesen Punkt erneut eine Debatte, an der sich GR. Damberger, GR. Pavlik, StR. Dittrich, GR. Freysmuth, GR. Hauer, StR. Grasmugg, GR. Kohout und GR. Sulzbacher beteiligten. Der Bürgermeister ließ schließlich der Reihe nach über die vorliegenden Anträge abstimmen.

Erster Antrag: „Die Stadtgemeinde Waidhofen a. d. Ybbs gewährt dem Verein für Wohnungseigentum und Siedlungswesen in Niederösterreich, Geschäftsstelle Waidhofen a. d. Ybbs, Zustellungsbevollmächtigter Dr. Ing. Josef Tietesch, Waidhofen a. d. Ybbs, Plenkerstraße Nr. 29, für seinen Wohnungseigentumsbau in der Ybbsitzerstraße Nr. 31 eine nichtrückzahlbare Zinsdienstbeihilfe von 3 Prozent für den von dem genannten Verein aufgenommenen Privatkredit in der Höhe von 270.000 Schilling ab 1951 auf 10 Jahre. Nach Verringerung der Schuldsumme durch die jährlich abgestatteten Tilgungsraten wird die dreiprozentige Zinsbeihilfe nur mehr für die jeweils offene Schuldsumme gewährt. Doktor Anton Pillgrab, E. Kühleitner, Franz Klar, Rudolf Hauer, Karl Steger.“

Der Antrag wurde mit allen Stimmen der ÖVP, und einer Stimme des Linksblocks bei Stimmenenthaltung der SPÖ, angenommen.

Erklärung der österreichischen Besucher der Sowjetunion

Wir Österreicher der verschiedensten Berufe, Herkunft und Weltanschauung aus allen Bundesländern haben in letzter Zeit die erwünschte Gelegenheit gehabt, das Sowjetland zu bereisen. Allein im Sommerhalbjahr 1951 sind sechs österreichische Studiengesellschaften (eine Delegation der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft, eine Frauen-, zwei Jugend-, eine Lehrer- und eine Metall- und Bergarbeitergruppe) nach Moskau gefahren und haben auch zahlreiche andere Orte in der UdSSR besucht. Nicht weniger als 64 Österreicher und Österreicherinnen haben an diesen Reisen teilgenommen.

„Wir sahen alles, was wir wollten“

Auf diesen Reisen sind alle unsere Besichtigungswünsche erfüllt worden: wir haben uns nicht nur im Sowjetland frei bewegt, sondern haben alle jene Einrichtungen, Betriebe und Orte, die wir selber zu sehen gewünscht haben, besucht und mit allen jenen Menschen, die wir sprechen wollten, eingehend gesprochen. Wir haben zahlreiche Kulturinstitute, Fabriken, Schulen, Spitäler und Kindergärten besichtigt, waren in den historischen Bauten des Kremel und in den Wohnungen einfacher Kolchosbauern in entlegenen Dörfern, sind tausende Kilometer durch das Sowjetland gereist und haben uns mit Menschen der verschiedensten Berufe und Nationalitäten freimütig unterhalten. Die Wissenschaffter unter uns haben mit den bedeutendsten sowjetischen Gelehrten Fühlung genommen, die Arbeiter mit zahlreichen Funktionären der sowjetischen Gewerkschaften, die gläubigen Christen mit den Oberhäuptern der russischen christlichen Kirche, die Lehrer haben das Unterrichtswesen, die Frauen und die Jugendlichen die entsprechenden sowjetischen Organisationen eingehend studieren können. Wir alle haben immer wieder und überall festgestellt, daß das ganze Sowjetvolk in sichtlich wachsendem Wohlstand rastlos am friedlichen Aufbau einer materiell und kulturell reichen Zukunft arbeitet, daß die Sowjetmenschen ein freies und zufriedenes Leben führen und daher einmütig und leidenschaftlich an der Erhaltung des Weltfriedens interessiert sind. Wir haben gesehen, daß die Tatsachen der Sowjetwirklichkeit in Widerspruch zu so vielem stehen, was böser Wille oder Unkenntnis hierzulande verbreiten.

Nirgends eine Spur von Kriegshetze

Nirgends konnten wir auch nur eine Spur von Kriegshetze oder Kriegspsychose, von Haßpropaganda oder Völkerfeindschaft entdecken. Vom Hochschulprofessor bis zum Bauernmädchen, vom Metallarbeiter bis zum

Zweiter Antrag: „Der nach Gewährung einer 3prozentigen Zinsbeihilfe an den Verein für Wohnungseigentum und Siedlungswesen in Niederösterreich, Geschäftsstelle Waidhofen a. d. Ybbs, die im Jahre 1951 8.100 S beträgt, verbleibende Rest von dem für Zinsbeihilfe im Voranschlag für das Jahr 1951 eingesetzten Betrag von 40.000 S in der Höhe von 31.900 S ist in Abänderung der ursprünglichen Widmung des Betrages als Wohnbauhilfe an jene Siedler zu vergeben, die ein begründetes Ansuchen an die Stadtgemeinde richten. Die Erledigung dieser Ansuchen erfolgt in dem durch das Gemeindestatut vorgeschriebenem Amtsweg. E. Kühleitner, Franz Klar, Rudolf Hauer, Karl Steger, K. Dittrich, Dr. Anton Pillgrab.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dritter Antrag (eingebracht durch GR. Hauer): „Der Gemeinderat der Statutarstadt Waidhofen a. d. Ybbs beschließt, in den kommenden 10 Jahren ab 1952 2 Prozent des Betrages der Voranschlagssumme für Wohnbauhilfe einzusetzen und daraus alle, die eine Wohnung schaffen, zu unterstützen, wobei die derzeit bereits in Arbeit befindlichen Siedlungsbauten, soweit Bedarf vorliegt, den Vorzug genießen.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Freysmuth äußerte die Ansicht, daß eine gewisse Begrenzung der Bewerbungen erforderlich ist.

GR. Hauer formulierte hierauf folgenden Zusatzantrag, der gleichfalls angenommen wurde: „Der Gemeinderat der Statutarstadt Waidhofen a. d. Ybbs beschließt zusätzlich zu den drei in der Sitzung vom 15. Oktober 1951 beschlossenen Anträgen über Zinsen- und Wohnbauhilfen, daß alle in diesen Anträgen gewährten oder in Aussicht genommenen Zuwendungen nur für Wohnbauten im Gebiete der Stadtgemeinde Waidhofen a. d. Ybbs zuerkannt werden können.“

Punkt 5: Kaufvertragsabschluss mit Karl und Therese Wurm anlässlich der Regulierung der Rüsselgrabenstraße. Nach einem Referat des StR. Grasmugg wurde dem Kauf, bei dem es sich um einen Grundstreifen von 17 Quadratmeter handelt, zugestimmt.

Punkt 6: Überbrückungshilfe für Fürsorgerentner. StR. Dittrich führte aus, daß der dringenden Notlage der Fürsorgerentner über Beschluß des Finanzausschusses durch Gewährung einer einmaligen Überbrückungshilfe in Höhe von 30 Prozent der bisherigen Rente wenigstens teilweise abgeholfen werden soll. Die Bedeckung für diese nicht vorgesehene Ausgabe konnte anderweitig gefunden werden.

StR. Berger meint hiezu, daß der Fürsorgeausschuß eine höhere Unterstützung

vorgeschlagen hat. Der Finanzausschuß habe sich jedoch für die vorgenannte Regelung entschieden. Er sprach sich dafür aus, daß bei der nächsten Gelegenheit großzügiger gehandelt werden möge.

Der Bürgermeister erwähnte hiezu, daß zu Weihnachten diesbezüglich eine Regelung erfolgen wird.

GR. Sulzbacher stellte fest, daß die einmalige Unterstützung der Fürsorgerentner durch die wirtschaftliche Notlage erforderlich war, der Finanzausschuß jedoch an den Voranschlag gebunden sei und es daher zu dieser Lösung gekommen sei. Er sprach sich ebenfalls für eine erhöhte Zuteilung zu Weihnachten aus.

Der Antrag des Finanzausschusses wurde einstimmig angenommen.

Punkt 7: Bedeckung des Mehrerfordernisses zum Ausbau der Martiusvilla aus der Grunderwerbstrücklage. Vizebgm. Sterneck erläuterte, daß der Ausbau der Martiusvilla einen Mehrbetrag von rund 35.000 S erfordert. Der Finanzausschuß stellte daher den Antrag, diesen Betrag vorschubweise aus den Mitteln der Grunderwerbstrücklage zu entnehmen, unter gleichzeitigem Ansuchen um eine Bedarfszuweisung aus den Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds.

GR. Freysmuth erwähnte, daß das Bauamt bei der Erstellung von Kostenvoranschlägen genauer arbeiten müsse.

Der Antrag des Finanzausschusses wurde einstimmig genehmigt.

Punkt 8: Rechnungsabschluss 1950. Vizebürgermeister Sterneck referierte über die einzelnen Endsummen und stellte den Antrag, den Rechnungsabschluss für das Jahr 1950 laut Vorlage zu genehmigen. Weiters beantragte er, den Beamten und Angestellten des Kammeramtes den Dank und die Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Punkt 9: Ankauf einer Buchungsmaschine. Nach einem eingehenden Referat des Vizebürgermeisters Sterneck wurde der Ankauf einer Buchungsmaschine „Ruf-Intromat“ um 25.000 S und die gleichzeitige Beschaffung einer elektrischen Rechenmaschine um 16.000 S einstimmig bewilligt.

Punkt 10: Allfälliges. GR. Schrafler ersuchte den Gemeinderat um Abhilfe betreffend des Nachmittagsunterrichtes in der Volks- und Hauptschule. Sie verwies auf die Erschwernisse, die sich für die Kinder und die Familien aus diesem Umstand ergeben.

Der Bürgermeister antwortete, daß sich Schulrat Vizebgm. Helmschläger in der Angelegenheit laufend bemühe. Vizebürgermeister Helmschläger gab eine Schilderung der gegenwärtigen Lage in der Schule und sprach die Hoffnung aus, daß nach Freiwerden des NEWAG-Gebäudes am Unteren Stadtplatz sich eine Unterbringungsmöglichkeit für Schulklassen ergeben wird. Der Bürgermeister sprach über die notwendigen baulichen Maßnahmen, die sich nach dem Freiwerden dieses Gebäudes ergeben werden.

StR. Berger verwies auf seine wiederholten Anträge betreffend der Instandsetzung der Pocksteinerstraße, insbesondere Herstellung eines staubfreien Belages vor der Schule. Der Straßenzustand werde immer schlechter.

Eine weitere Anfrage des Genannten erwähnte die Frage des projektierten Postneubaus und brachte zum Ausdruck, daß sich die Gemeinde in bezug auf den in Erwägung gezogenen Bauplatz einschalten und bei den zuständigen Stellen intervenieren soll. Der Bürgermeister erklärte, daß schon wiederholt Vertreter der Post in Waidhofen waren. Ein Entschluß in der Bauplatzfrage kam aber noch nicht zustande.

GR. Schörghuber ersuchte, daß das Schulbad ehstens wieder in Betrieb genommen werden soll. Weiters beantragte er die schadhafte Wehranlage im Schwarzbach bei der Bundesförsterschule. Vizebgm. Helmschläger erläuterte die Umstände, warum das Schulbad noch nicht in Betrieb ist und versicherte, daß die Behebung der Mängel betrieben wird. StR. Grasmugg versprach ebenfalls die rascheste Behebung.

Der Bürgermeister führte betreffend des Schwarzbachwehrs aus, daß diesbezügliche Besprechungen und Interventionen im Einvernehmen mit der Direktion der Bundesförsterschule stattgefunden haben, doch bereitet die Finanzierungsfrage Schwierigkeiten. Bezüglich der Beschaffenheit der Straßen sei es Aufgabe des Bauausschusses, durch fallweise Begehungen die Übelstände festzustellen. StR. Grasmugg erwiderte, daß der Bauausschuß sich um die Abstellung aller Mängel bemühe, doch sei es auch Pflicht der zuständigen Beamten, nach dem Rechten zu sehen und die notwendigen Unterlagen vorzubereiten.

GR. Schrafler beantragte die Abhaltung eines Elternsprechtages für jede Schulklasse einmal im Monat. Vizebgm. Helmschläger sagte zu, daß dies ohne weiteres möglich ist. GR. Freysmuth brachte nochmals den eventuellen Umbau der Räume im NEWAG-Gebäude für Schulklassen zur Sprache und ersuchte den Bürgermeister, daß er in seiner Funktion als Aufsichtsrat der NEWAG diese zu einem Kostenbeitrag veranlassen möge. Der Bürgermeister sagte seine Verwendung in dieser Hinsicht zu.

Vizebgm. Sterneck verwies auf die Bedeutung der Sprungchance in Krailhof in bezug auf Wintersport und Fremdenverkehr und ersuchte, daß die mit der Sprungchance im Zusammenhang stehenden Fra-

